

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 25. Juli 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. Küntzer

Stadtrat Rank

Stadträtin Schwab

Stadträtin Stocker

Stadtrat Straßberger

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Heisel

Stadträtin Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Jeschke

Stadtrat Dr. Kröckel

Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Ley

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel  
Rodamer

Berichterstatter: Amtmann Hartner  
Amtsrat Teichmann  
Dipl.-Ing. Lepelmann  
Stadtjugendpfleger Popp (Ziffer 1)  
Frau Heller (Ziffer 1)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Baier  
Bgm. Böhm  
Stadtrat Haag  
Stadtrat Popp  
Stadtrat Schardt  
Stadtrat Schmidt  
Stadträtin Wallrapp

## Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

### 1. Dezentrale Jugendtreffs Sachstand und Umsetzung

- A) Stadtjugendpfleger Popp schildert zunächst die Entwicklung von Februar bis Juli 2002. Im Anschluss daran berichtet Frau Heller über ihre bisherige Tätigkeit. Stadtrat Dr. Küntzer, Jugendreferent, lobt die Arbeit sehr. Stadträtin Dr. Endres-Paul findet lobende Worte bezüglich des Konzeptes. Allerdings hinterfragt sie die Notwendigkeit der Anmietung von Räumlichkeiten zumal das Jugendhaus leer steht. Stadtjugendpfleger Popp erklärt, dass eine Anmietung von Räumen nur erfolgen wird, wenn keine städtischen Räume zur Verfügung gestellt werden können. Auf die Frage von Stadtrat Heisel, ob die Jugendlichen einen Ansprechpartner haben werden, berichtet Frau Heller, dass jeder Jugendtreff einen Paten haben wird, der regelmäßig anwesend ist. Die Stadtjugendpflege wird sich regelmäßig um die einzelnen Treffs kümmern. Stadtrat Heisel macht noch darauf aufmerksam, dass die Mittel für die dezentralen Jugendtreffs für den Haushalt 2002 in Höhe von 42.000 DM nicht mehr für den Haushalt 2003 zur Verfügung stehen. Darüber müsse der Stadtrat noch beschließen. Stadträtin Schmidt will wissen, warum das Jugendhaus nicht als zentrale Anlaufstelle genutzt wird. Stadtjugendpfleger Popp stellt klar, dass zwar ein zentraler Treffpunkt in der Innenstadt benötigt wird, er aber noch nicht weiß, wo dieser angesiedelt werden soll. So lange er dies noch nicht wisse, könne er auch keine Räumlichkeiten dafür hernehmen. Auf die Frage von Stadtrat Müller, ob die Verwaltung andere Überlegungen mit dem Jugendhaus anstelle, erwidert Oberbürgermeister Moser, dass derzeit eine Überprüfung hinsichtlich der Nutzung des Jugendhauses durch das Bürgerzentrum erfolgt. Er ist allerdings auch der Auffassung, dass Stadtjugendpfleger Popp selbst entscheiden sollte, wo er den zentralen Jugendtreff errichten wird. Oberbürgermeister Moser macht auch noch darauf aufmerksam, dass die bereitgestellten Mittel für die dezentralen Jugendtreffs nicht überschritten werden.

### B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. -gruppen

#### a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU-Fraktion freut sich über die große Resonanz bei den Jugendlichen. Sie respektiert diese Arbeit und den Einsatz und erinnert daran, dass der jetzige Stand bei der Schließung des Jugendhauses sehr angezweifelt worden ist.

#### b) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD-Stadtratsfraktion unterstützt die dezentralen Jugendtreffs. Die freie Entfaltung der Jugendlichen ist sinnvoll und auch pädagogisch richtig. Stadtrat Heisel teilt mit, dass er persönlich nicht zustimmen wird, da er sich gegen die Anmietung von Räumen ausspricht.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW-Fraktion dankt zunächst auch den Jugendlichen, die sich für die Teilnahme an diesem Projekt bereit erklärt haben. Die UsW vertraut darauf, dass überwiegend städtische Räume für die dezentralen Jugendtreffs herangezogen werden und stimmt zu.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Stadträtin Wachter unterstützt das Vorhaben und ist sich sicher, dass die Stadt auf dem richtigen Weg ist. Auch sie hofft, dass städtische Räume zur Verfügung gestellt werden können und dass das Projekt weiterhin einen so guten Verlauf nimmt. Abschließend teilt sie mit, dass sie sich als Patin für einen Jugendtreff zur Verfügung stellt.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Konrad sieht die dezentrale Jugendarbeit ebenfalls als richtigen Weg an, zumal das soziale Verhalten gestärkt und auch gelernt wird.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt kann bezüglich der Kosten nicht zustimmen, betont aber, dass sie nicht gegen die dezentrale Jugendarbeit ist. Sie versteht nicht, dass das Jugendhaus leer steht. Auch bezweifelt sie, dass die 20 geplanten Treffs mit so wenig Sozialpädagogen betreut werden können.

C) 2. Bgmin. Gold erklärt, dass auch sie dem Beschluss nicht zustimmen kann, da sie in dem Konzept, dass sich zwar sehr gut anhört, nicht den richtigen Weg in der Jugendarbeit sieht. Sie ist der Auffassung, dass die präventive Jugendarbeit nicht in ausreichendem Maße stattfinden kann.

D) – **Mit 23 : 1 Stimme –**

1. Vom Sachvortrag der Stadtjugendpflege wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadtjugendpflege wird ermächtigt, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Bauamt, die aufgelisteten Gegenstände zu erwerben und dann zu installieren.

E) – **Mit 20 : 4 Stimmen –**

1. Die Stadtjugendpflege wird ermächtigt, Räumlichkeiten im Wert von insgesamt 12.700 € (Miete September 2002 bis Dezember 2002) anzumieten.
2. Der vorgegebenen Budgetrahmen wird eingehalten.

## 2. Eilantrag der SPD-Stadtratsfraktion bezüglich der Übertragung der Betriebsergebnisse der Schulen

A) Stadtrat Heisel erläutert seinen Antrag. Die SPD-Fraktion bemängelt, dass ein positives Betriebsergebnis nur zu 80 % übertragen wird, während bei einer Aufrechnung eines positiven Ergebnisses und Verlusten aus Vorjahren das positive Ergebnis mit 100 % angesetzt wird.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert die Hintergründe dieser Regelung. Unter Verweis auf die Tischvorlage der Stadtkämmerei tritt er dafür ein, es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

Es entsteht eine heftige Diskussion, an der sich viele Stadtratsmitglieder beteiligen und das Für und Wider darlegen.

### B) – Mit 8 : 16 Stimmen –

Positive Betriebsergebnisse der budgetierten Ämter, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren erzielt wurden, werden zu 100 % übertragen. Tritt im dritten Jahr wiederum ein positives Betriebsergebnisse ein, wird dieses um 20 % gekürzt.

## 3. Budgetierung der Volkshochschule Budgetabrechnung 2001

### - Mit 21 : 3 Stimmen -

Das Defizit aus der Budgetabrechnung 2001 in Höhe von 13.438,80 DM (= 6.871,15 €) wird auf das Budget 2002 übertragen.

## 4. Budgetierung der Alten Synagoge Budgetabrechnung 2001

### - Mit 21 : 3 Stimmen –

Das Defizit aus der Budgetabrechnung 2001 in Höhe von 1.975,90 DM (= 1.010,26 €) wird auf das Budget 2002 übertragen.

## 5. Budgetabrechnung der Musikschule der Stadt Kitzingen für das Haushaltsjahr 2001 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel auf das Budget für 2002

### - Mit 21 : 3 Stimmen -

Die nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 3.554,66 € aus dem Budget der Musikschule im Haushaltsjahr 2001 werden direkt mit dem Defizit 2000 verrechnet.

Das augenblickliche Defizit in Höhe von 9.248,10 € wird somit auf 5.693,44 € abgebaut und auf das Jahr 2002 übertragen.

6. Budgetabrechnung der Stadtbücherei für das Haushaltsjahr 2001 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel auf das Budget 2002

**- Mit 21 : 3 Stimmen -**

1. Die bei Haushaltsstelle 0.3521.5010 für 2001 zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 4.600 DM werden über die Budgetabrechnung 2001 wieder eingebracht.
2. Die verbleibenden nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget der Stadtbücherei im Haushaltsjahr 2001 in Höhe von 9.866,65 DM (5.044,74 €) werden auf das Haushaltsjahr 2002 übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt 2002 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

HSt. 0.3521.6070 (Instandhaltung und Katalogisierung von Medien)	255,65 €
HSt. 0.3521.5201 (Verwaltungs- und Zweckausstattung)	2.211,34 €
HSt. 1.3521.9350 (Bewegliches Vermögen)	2.577,75 €

7. Budgetabrechnung der Städtischen Tourist-Information für das Haushaltsjahr 2001 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel auf das Budget für 2002

**- Mit 21 : 3 Stimmen -**

Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget für den Betrieb der Tourist-Information im Haushaltsjahr 2001 werden auf das Haushaltsjahr 2002 in Höhe von 80 % übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2002 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

1. HSt. 0.7901.6500	Bürobedarf	500,00 €
2. HSt. 0.7901.6540	Dienstreisen	1.914,98 €

8. Budgetabrechnung Jugendpfleger und Jugendhaus für das Haushaltsjahr 2001 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel auf das Budget für 2002

**A) – Mit 21 : 3 Stimmen –**

1. Vom Ergebnis der Budget-Abrechnungen für die Bereiche Jugendpflege (Unterabschnitt 4050) und das Jugendhaus Freestyle (Unterabschnitt 4607) wird Kenntnis genommen.
2. Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget des Jugendpflegers im Haushaltsjahr 2001 werden auf das Haushaltsjahr 2002 zu 80 % übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2002 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

0.4050.6319 Veranstaltungen	80 %	23.062,41 DM	11.791,62 €
-----------------------------	------	--------------	-------------

**B) – Mit 21 : 3 Stimmen –**

Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget 2001 (UA 4607) des Jugendhauses werden nicht in das Jahr 2002 übertragen, das im Jahr 2002 beim Jugendhausbudget gebildet worden ist.

9. Vertriebsunterstützung für N-ERGIE durch die Stadt Kitzingen

Nach den Ausführungen zum Sachverhalt durch Dipl.-Ing. Lepelmann, fragt Stadtrat Konrad, warum gerade für N-ERGIE Werbung gemacht werden soll. Er sieht dies als Konkurrenz zur LKW Kitzingen.

Oberbürgermeister Moser erklärt dass N-ERGIE seines Wissens nach Vorlieferant bzw. Partner der LKW Kitzingen ist, sagt aber eine Klärung zu.

Aufgrund der aufkommenden Diskussion, stellt Oberbürgermeister Moser diesen Punkt bis zu einer Klärung zurück.

Hiermit besteht Einverständnis.

10. Jahresantrag zum Städtebauförderungsprogramm 2003

A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU-Fraktion gibt ihre Zustimmung.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Auch die SPD erteilt ihre Zustimmung.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW-Fraktion stimmt nicht zu, weil ihrer Auffassung nach andere, wichtigere Maßnahmen aufgenommen werden könnten als der für das Jahr 2006 vorgesehene Ausbau der Mainlände und der Schrankenstraße.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Stadträtin Wachter stimmt im Namen der FBW-Gruppe zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Konrad gibt für die KIK-Stadtratsgruppe seine Zustimmung.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt stimmt zu.

**B) – Mit 18 : 6 Stimmen –**

1. Das Antragsvolumen für das Städtebauförderungsprogramm 2003 wird für die Haushaltsjahre 2003 bis 2006 wie folgt festgesetzt:

2003:	690.000 €
2004:	1.318.000 €
2005:	796.000 €
2006:	650.000 €

2. Folgende Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet:

	zuwendungsfähige Kosten in Tausend €:			
	2003	2004	2005	2006
• Umbau und Sanierung des Anwesens Landwehrstr. 21/23 (Gesamtkosten 3,1 Mio. € incl. Einrichtung, förderfähige Kosten ca. 2,0 Mio. €)	500	1.000	500	--
• Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten				
- Marktstr. 3 - 5 (192.000 €)	90	102	--	--
- Marktstr. 27/Grabkirchgasse 17 (170.000 €)	50	70	50	--
- Ehemaliges Brauereigelände	--	96	96	--
Herrnstr. / Obere Kirchgasse (192.000 €)	--	--	100	100
- Sonstige (z. B. Grabkirchgasse 5, Herrnstraße 18)				
• Kommunales Förderprogramm	50	50	50	50
• Umgestaltung der Mainlände, BA II, und Ausbau Schranzenstraße	--	--	--	500
Insgesamt	690	1.318	796	650

11. Europäischer Biotopverbund „Natura 2000“  
FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete  
Stellungnahme der Stadt Kitzingen

**- Mit 24 : 0 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen bleibt bei der Stellungnahme vom 25.05.2000, wonach Einverständnis zur Ausweisung folgender Bereiche besteht:
  - a) Klosterforst – nur Flächen westlich der ST 2271 (ca. 145 ha)
  - b) Marktstefer Tännig – Gemarkung Hohenfeld (ca. 36 ha)
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entscheidung an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

12. Raumordnungsverfahren  
Neubau eines IKEA-Einrichtungshauses in Fürth/Poppenreuth

- A) Dipl.-Ing. Lepelmann berichtet, dass diesbezüglich auf den Stadtmarketingverein e.V. zugegangen worden ist. Dieser habe auf das GMA-Gutachten hingewiesen. Stadtrat Müller stellt fest, dass die UsW-Fraktion unterschiedlich abstimmen wird. Er persönlich wird zustimmen. Er fragt noch nach dem aktuellen Sachstand bezüglich des Zentrallagers von IKEA. Oberbürgermeister Moser antwortet, dass noch keine Antwort von IKEA vorliegt.

**B) – Mit 23 : 1 Stimme –**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen gibt im Rahmen des Raumordnungsverfahrens zum Neubau eines IKEA-Einrichtungshauses in Fürth-Poppenreuth folgende Stellungnahme ab:
 

„Die Stadt Kitzingen hat keine Einwände gegen das o.a. Projekt in der Fassung vom 08.04.2002.“

13. Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern - Gesamtfortschreibung des LEP 1994;  
Ergänzendes Beteiligungsverfahren gem. Art. 14 Abs. 5 und 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG)

**- Mit 24 : 0 Stimmen –**

Gegen die geplanten Änderungen von Teilen der Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) bestehen keine Bedenken.

14. Sperrzeitverkürzung für die Gaststätte „B 8 – Keller“ im Anwesen Schmiedelstraße 1

- A) Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel berichtet über den Sachverhalt. Er befürwortet die Beibehaltung der alten Sperrzeiten.  
Stadträtin Dr. Endres-Paul weiß zu berichten, dass sich immer wieder Besucher dieser Gaststätte vor dem Gebäude aufhalten und möchte wissen, ob zusätzliche Auflagen bzw. Kontrollen gemacht werden können.  
Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel weist darauf hin, dass der Besitzer dieses Lokals einen Sicherheitsdienst beauftragt hat, der sich um genau diesen Punkt kümmern soll.  
Stadtrat Müller bemängelt, dass seitens des Oberbürgermeisters der am 13.06.2002 gefasste Beschluss des Stadtrates aufgehoben worden sei.

**B) – Mit 24 : 0 Stimmen –**

Da die vom Beschwerdeführer geschilderten Zustände nicht eindeutig dem Gaststättenbetrieb „B 8 – Keller“ zugeordnet werden können, verbleibt es zunächst beim Stadtratsbeschluss vom 13.06.2002.

**15. Benennung der Mitglieder des Feriensenats**

Mitglied	Vertreter
<u>CSU-Stadtratsfraktion</u> Stadträtin Schwab Stadträtin Stocker	Stadtrat Straßberger Stadtrat Rank
<u>SPD-Stadtratsfraktion</u> Stadtrat Mahlmeister Stadträtin Dr. Endres-Paul	2. Bgmin. Gold Stadtrat Jeschke
<u>UsW-Stadtratsfraktion</u> Stadträtin Richter Stadtrat Schmidt (02.08. – 30.08.2002) Stadtrat Müller (ab 30.08.2002)	Stadtrat Ferenczy Stadtrat May
<u>FBW-Stadtratsgruppe</u> Stadträtin Wachter	Stadtrat Haag
<u>KIK-Stadtratsgruppe</u> Stadtrat Popp (bis 18.08.2002) Stadtrat Konrad (ab 18.08.2002)	

**16. Eilantrag der UsW-Stadtratsfraktion bezüglich der Problematik des Spielplatzes „Mühlberg“; Ladung der Beschwerdeführer in die nächste Stadtratssitzung**

Stadtrat Müller erläutert den Antrag der UsW-Stadtratsfraktion näher.  
Oberbürgermeister Moser erklärt sich bereit, ein Schreiben an die Beschwerdeführer zu richten, mit dem Hinweis auf die geltende Regelung bezüglich des Spielplatzes, dass Ball spielen für die Kinder erlaubt ist. Er betont, dass er es nicht für sinnvoll halte, die Betroffenen Anwohner vor den Stadtrat zu laden.  
Stadträtin Richter berichtet von ihren gestrigen Beobachtung auf diesem Spielplatz. Die Kinder werden von den betroffenen Anwohnern vom Spielplatz verwiesen. Sie selbst ist angesprochen worden, dass der Stadtrat kein Recht habe, sich einzumischen. Zudem be-

haupten die Eigentümer, dass sie ein Mitspracherecht haben. Stadträtin Richter will von der Verwaltung noch die genauen Eigentumsverhältnisse wissen.

Dipl.-Ing. Lepelmann zeigt anhand einer Folie den besagen Bereich auf. Amtsrat Teichmann berichtet anschließend über die notarielle Beurkundung und erwähnt, dass die Außenanlagen in Zusammenarbeit mit der Stadt Kitzingen und den Eigentümern gestaltet worden sind. Der Spielplatz ist öffentlicher Grund.

Oberbürgermeister Moser sagt abschließend nochmals zu, den Eigentümern ein Schreiben zukommen zu lassen und den Fraktionen bzw. Gruppen hiervon einen Abdruck zu übersenden.

Stadtrat Heisel macht noch den Vorschlag, die Spielplatzpaten und die Anlieger zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen

Stadtrat Konrad fügt noch an, auch die Fraktionsvorsitzenden dazu einzuladen.

#### 17. Bitte von Stadtrat Heisel

Stadtrat Heisel weist darauf hin, dass die Stadtbücherei vom 01.08. – 15.09.2002 wegen Umbauarbeiten geschlossen ist. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, damit die Bevölkerung sich darauf einstellen kann.

#### 18. Anfrage von Stadträtin Wachter

Sie will wissen, ob es mittlerweile einen neuen Sachstand bezüglich dem Projekt Gazeley gibt. Dies verneint Oberbürgermeister Moser.

#### 19. Anfrage von Stadtrat Müller

Er erinnert an die abgesagte Fahrt zur Gartenschau nach Kronach am 10.07.2002. Er möchte wissen, ob bereits eine neue Anmeldung für den 25.09.2002 erfolgt ist.

Verwaltungsfachwirtin Rose erwidert, dass eine Anmeldung erfolgt ist, leider noch keine Bestätigung eingegangen ist.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 19.20 Uhr.

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführerin  
gez.  
Rose